

KURZ NOTIERT

von Stefanie Groß

Taur Matan Ruak neuer Präsident

Am 16. April 2012 wurde Taur Matan Ruak in einer Stichwahl mit deutlichem Vorsprung vor seinem Konkurrenten mit 61,2 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt. Die Wahlbeteiligung der etwa 627.000 Wahlberechtigten lag bei rund 73 Prozent. Am 20. Mai 2012, dem zehnjährigen Unabhängigkeitsjubiläum, wird Taur Matan Ruak ins Präsidentenamt eingeführt.

Im ersten Wahlgang am 17. März 2012 hatten sich er und sein Konkurrent Francisco »Lu Olo« Guterres (Fretilin) gegen zehn andere Kandidaten durch-

gesetzt, darunter auch der amtierende Präsident Jose Ramos Horta, der mit nur 21 Prozent der Stimmen auf Rang drei kam. Auch antreten wollte hier der 1975 zum ersten Präsidenten Osttimors ernannte Xavier do Amaral; er verstarb jedoch noch während des Wahlkampfs am 6. März 2012 im Alter von 75 Jahren.

Mit wenigen kleineren Ausnahmen verlief die Wahl insgesamt friedlich. Taur Matan Ruak (»zwei scharfe Augen«), 57, der mit bürgerlichem Namen Jose Maria Vasconcelos heißt, war seit 1975 Mitglied der Falintil Guerrilla und ab

2002 Oberbefehlshaber der Streitkräfte. 2006 soll er eine zwielfache Rolle in dem blutigen Konflikt gespielt und Waffen an Zivilisten verteilt haben. Die UN rieten zu einer strafrechtlichen Verfolgung, die jedoch nie stattfand. Im September 2011 trat er von seinem Amt als Befehlshaber der Streitkräfte zurück, um ins Rennen um die Präsidentschaft zu gehen.

Wie Premierminister Xanana Gusmao und Jose Ramos Horta ist auch Taur Matan Ruak ein ehemaliger Freiheitskämpfer.

Vgl. *asiasentinel.com*, 19.4.12; *Asiatimes* 27.4.2012; AFP 17.4.12

Frauenquote

Bei den Parlamentswahlen am 7. Juli 2012 wird eine verschärfte Frauenquote gelten. Die bisherige Quote, dass jeder vierte Kandidat weiblich sein muss, wurde auf ein Drittel geändert. Bereits jetzt hat Osttimor einen der höchsten Frauenanteile im Parlament: 29 Prozent der derzeitigen Abgeordneten sind Frauen.

Einige Politikerinnen kritisieren, dass die politischen Parteien Frauen nur aufstellen, damit die Quote erfüllt und keine Kritik geäußert wird, jedoch später die

Meinungen der Parlamentarierinnen keine Beachtung mehr finden. Zudem sind Frauen in hohen Ämtern und einflussreichen Entscheidungsebenen kaum vertreten. Eine Herausforderung für die Frauen besteht vor allem im Bereich der Bildung und Qualifizierung für politische Ämter.

Während auf der einen Seite die Frauenquote für eine größere Repräsentanz von Frauen in der Politik sorgen soll, haben viele Frauen in Osttimor mit ganz anderen Problemen zu kämpfen

wie z. B. der Ernährungssicherheit der Familie, vor allem in den Dörfern. Häusliche Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet – erst im Jahr 2010 wurde ein Gesetz gegen häusliche Gewalt wirksam ausformuliert. In einer staatlichen Umfrage berichteten 38 Prozent der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, seit ihrem 15. Lebensjahr bereits häusliche Gewalt erlebt zu haben.

Vgl. *worldandmedia.com*, 8.3.12; *Asia Foundation* 7.3.12; *www.beta.undp.org*, März 2012; *IRIN* 21.2.12

UN-Mission endet 2012

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seiner Resolution 2037 (2012) im Februar 2012 beschlossen, das Mandat der UNMIT (United Nations Integrated Mission in Timor-Leste) bis zum 31.12.2012 ein letztes Mal zu verlängern. Voraussetzung für den anschließenden Abzug der UNMIT ist jedoch der friedliche Ablauf der Wahlen in diesem Jahr. Während die Parlamentswahlen noch ausstehen, kam es bei den Präsidentschaftswahlen zu kei-

nen größeren Zwischenfällen. Bis nach den Parlamentswahlen bleiben noch rund 1.200 UN-Polizisten vor Ort. Die etwa 900 osttimoresischen Mitarbeiter/innen der UN sollen durch Fortbildungen für den Arbeitsmarkt bzw. für die Zeit nach der UNMIT qualifiziert werden.

Die UNMIT wurde 2006 nach den Unruhen in Osttimor eingesetzt und hatte zur Hauptaufgabe, im Sicherheitssektor Reformen sowie Weiterbildun-

gen umzusetzen. Die UN halten die Regierung an, einen Plan zu erstellen, wie die Rolle der UN nach Ende der UNMIT gestaltet werden soll. Der Abzug soll phasenweise vonstatten gehen, in Übereinstimmung mit der Regierung. Insbesondere wird von den UN auch auf die Fortsetzung der Reformen im Sicherheitssektor gedrängt.

Vgl. *ABC* 21.3.2012; *der Standard*, 23.2.2012; *un.org*, 23.2.2012